

liberal central
mitgliederzeitschrift des fdp-bezirksverbandes
berlin-mitte
ausgabe juni 2007



Herausgeber, V.i.S.d.P

Henner Schmidt
Vorsitzender des FDP-Be-
zirksverbandes Berlin-Mitte
Französische Straße 8
10117 Berlin

liberalcentral@fdp-mitte.de

Distribution

700 Stück digital (.pdf)
200 Stück Print

Chefredakteur

Nils Augustin
augustin@liberal-central.de

Redakteure/Autoren

Nils Augustin, Anno
Blissenbach, Jan Valentin
Deichsel, Maren Jasper,
Volker Jürgensen, Kurt M.
Lehner, Markus Löning,
Peter Lundkowski, Katja v.
Maur, Peter Pawlowski,
Frauke Sander, Henner
Schmidt, Stefan Scholz,
Tim Stuchtey

Autoren dieser Ausgabe

Silke Adam, Miriam Gruß,
Ingo Kamps, Joseph Lau-
dien, Klaus-Peter v. Lüdeke
Sascha Tamm

Leserbriefe

Martin Heß, Julien Jordan
v. Reitzenstein, Christa
Mientus

FDP in Mitte im Internet

www.fdp-mitte.de
www.fdp-fraktion-mitte.de
www.liberal-central.de
www.fdp-friedrichstadt.de
www.fdp-ot.de
www.fdp-tiergarten.de
www.fdp-wedding.de
www.fdp-wilhelmstadt.de

Bankverbindung

FDP Mitte
Konto 0653 386 104
Postbank Berlin
BLZ 100 100 10

Textbeiträge mit Namens-
zeichen geben die Meinung
nur ihres Autors wieder,
nicht die der Redaktion.

liberal central
mitgliederzeitschrift des fdp-bezirksverbandes
berlin-mitte
ausgabe juni 2007

www.liberal-central.de

Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde in Berlin-Mitte,

Mitte Juni ist wieder Bundesparteitag, diesmal wie alle zwei Jahre wieder sogar mit Neuwahlen des Bundesvorstandes. Personalpolitisch wird es aller Voraussicht nach wenig Veränderungen geben, und das ist – von einigen Ausnahmen abgesehen – auch ganz gut so, der aktuelle Bundesvorstand um den Vorsitzenden Guido Westerwelle und Generalsekretär Dirk Niebel hat die Partei solide und professionell geführt, dabei auch ein sehr ordentliches Ergebnis zur Bundestagswahl 2005 eingefahren. Zu wünschen ist, dass wir uns in der Personalpolitik weiter verbessern; Parteifreundinnen und Parteifreunden mit klaren Worten und unbestechlichen Taten, überhaupt allen weiblichen Kandidaten, und insbesondere unseren drei vorzüglichen, alten und hoffentlich auch neuen Berliner Mitgliedern im Bundesvorstand – Markus Löning, Martin Lindner und Alexander Pokorny – gilt es für ein gutes Ergebnis die Daumen zu drücken.

Inhaltlich wird es erfreulich bunt: Die Leitanträge „Freiheit, Fairness, Chancen“ zur liberalen Sozialpolitik und „Kultur braucht Freiheit“ vertiefen und fortentwickeln unsere Positionierung in wichtigen Themenfeldern. Ansonsten findet sich unter den 102 Anträgen viel ordnungs- und gesellschaftspolitisch Wünschenswertes, nicht zuletzt in den Anträgen des Bundesfachausschusses Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie. In bedauerlichem Gegensatz zur Beschlusslage der Bundespartei (Kirchenpapier von 1974) und unseres BV Mitte sowie zu der europäischen Aufklärung überhaupt steht allerdings Antrag 83 der Kirchenkommission, welcher ausdrücklich die laizistische Republik beseitigen und selbst das Prinzip „Vernunft ist wichtiger als Religion“ aufgeben will. In jedem Fall verdienen Parteifreund Harald Ruppe und seine Mitstreiter Lob für die gewohnt hervorragende Webseite www.parteitag.fdp.de – jetzt auch mit allen Anträgen.

Bis es losgeht mit dem Bundesparteitag, so lange können wir vor dem Fernseher zugucken, wie im schönen Heiligendamm an der Ostsee ein paar tausend selbst ernannte Globalisierungsgegner mit bemerkenswerter Brutalität auf Polizisten einprügeln, um acht offiziell gewählte Globalisierungsgegner in einem Konferenzzentrum bei der Abhaltung ihres Treffens zu belästigen.

Mit liberalen Grüßen, Nils Augustin

Kunst ist die schönste Tochter der Freiheit.

Guido Westerwelle

Lagebericht des Vorsitzenden

Kurs halten!

von Henner Schmidt

Liebe Leserinnen und Leser, nachdem ich Ihnen in den letzten LCs über die Schwerpunktsetzungen von Landespartei, Abgeordnetenhausfraktion und Bezirksverband Mitte der FDP berichten konnte, stehen nun wichtige politische Entscheidungen auf dem Bundesparteitag an.



Der Parteitag wird sich vor allem mit Sozialpolitik und Kulturpolitik beschäftigen, zwei wichtigen Themen für die Zukunft der FDP und für den Aufbau eines ganzheitlichen liberalen Profils.

Der Leitantrag zur Sozialpolitik vertritt dabei dieselben Grundsätze wie auch die Berliner Abgeordnetenhausfraktion: Wir wollen mehr Teilhabe für benachteiligte Menschen, damit diese optimal ihre Talente entwickeln und ihre Leistungsbereitschaft einbringen können. Wir wollen aber keine zwangsweise Betreuung und Bevormundung.

Der erfolgreiche Kurs der Bundespartei als eigenständige, klar konturierte liberale Formation muss aber immer wieder neu durchgesetzt werden. Das Spektrum der Anträge enthält nämlich auch Abweichungen ins grün-sozialistisch Belehrende und Volksbeglückende.

So wird z.B. im Leitantrag zur Kulturpolitik gefordert, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk vor allem die „gesellschaftliche Relevanz“ beachten müsse. Leider ist dies aber nun mal ein Leitbegriff einer typisch linken Belehrungs- und Erziehungskultur. Außerdem wird nicht davor zurückgeschreckt, die Aufhebung der üblichen Risikobegrenzungen für Banken für den Bereich der Kultur zu fordern, so dass die Banken also hoch risikoreiche Projekte zu Lasten ihrer Kunden finanzieren sollen.

Zusätzlich soll die „Soziokultur“ besser gefördert werden. Nach Berliner Erfahrung bedeutet dies: mehr arabische Kochkurse und „Töpferei für den Frieden“ unter dem Deckmantel der Kulturarbeit. Ich bin der festen Überzeugung, dass solche Verirrungen auf erzgrünes Territorium die FDP nicht weiterbringen und dass es uns und vor allem der Kultur nicht hilft, eine stärker-

re Förderung der grün-roten Selbstbedienung an Staatstöpfen zu unterstützen.

Auf der anderen Seite gleiten einige Anträge zur Wirtschafts- und Finanzpolitik in überholte Vorstellungen der Vergangenheit ab. So wird die völlige Aufhebung des Tarifvertragsprinzips gefordert, damit jeder Einzelne seinen Arbeitsvertrag aushandeln könne. Ich denke, dass Unternehmen zwar eigene Vereinbarungen treffen können sollen, dann aber mit den Betriebsräten. Den einzelnen Arbeitnehmer jeweils dem gesamten Unternehmen gegenüberzustellen, führt zu einem Grad an Unsicherheit (auch für die Unternehmen) und Ungerechtigkeit, der in unserer heutigen Gesellschaft auch aus liberaler Sicht inakzeptabel ist.

Ebenso ideologisch belastet sind zahlreiche Anträge mit Forderungen nach einem völligen staatlichen Verschuldungsverbot. Natürlich müssen jetzt im Aufschwung Staatsschulden endlich getilgt werden – wann denn sonst? Allerdings muss der Staat auch investieren können, wenn er einen profitablen Mittelrückfluss erwirtschaftet, und der Staat muss auch in Abschwungphasen die Mittel haben, den Abschwung zu bremsen und zu dämpfen. Wir wollen doch nicht 2010 die Wirtschaftskrise von 1929 wiederholen.

Die FDP hat eine klare Linie für mehr Eigenverantwortung, private Initiative, Freiheit zur selbstverantwortlichen Gestaltung des eigenen Umfelds und Sicherung der Würde des Individuums. Wenn es gelingt, diesen Kurs zu halten (und die ganz große Mehrheit der Anträge folgt dieser Absicht), wird die FDP sicher gestärkt aus dem Bundesparteitag hervorgehen.

Damit könnte auch der allmähliche Verfall der Stimmenanteile der FDP in den Meinungsumfragen auf Bundesebene gestoppt werden. In Berlin, wo wir eine klarere Linie verfechten, sind jedenfalls - trotz eines viel schwierigen Umfelds und ohne eine mögliche Positionierung als Funktionspartei – unsere Stimmenanteile konstant. Wir haben die große Chance, dass unsere drei Kandidaten für den Bundesvorstand Markus Löning, Martin Lindner und Alexander Pokorny unsere Erfahrungen in die Bundespartei einbringen und diese damit stärken.

Ich freue mich auf interessante Debatten in Stuttgart. Verfolgen Sie in den Medien mit, wie die FDP ihren Parteitag für eine erfolgreiche Weiterentwicklung nutzen wird!

*Henner Schmidt MdB (OV Gendarmenmarkt),
Vorsitzender des FDP-Bezirksverbandes Mitte*

Kommentar aus Mitte

Teil des Problems

von Ingo Kamps

In den letzten Wochen wurde die Öffentlichkeit Zeuge, wie sich die Radsportwelt binnen weniger Tage komplett verändert hat: Mehrere prominente Radfahrer haben zugegeben, ihrem Erfolg jahrelang mit Hormon-Mitteln wie EPO nachgeholfen zu haben.

Mittlerweile erblicken fast täglich neue Details das Licht der Öffentlichkeit und geben den Blick auf die mafiosen Strukturen Schritt für Schritt frei. Vieles bleibt allerdings weiterhin im Dunkeln - über das Wissen innerhalb der Telekomführung und anderer Sponsoren kann nur spekuliert werden. Auch ein ehemaliger Tour de France-Sieger und Hauptverdächtiger schweigt weiterhin beharrlich.

Die öffentlich-rechtlichen Fernsehanstalten haben sich inzwischen an die Spitze der Dopingbekämpfung gesetzt und legen dabei ein teils inquisitorisches Vorgehen an den Tag. Fakt ist aber: ARD und ZDF haben das Dopingproblem im Radsport jahrelang wider besserem Wissen beiseite geschoben, da sie den Quotenerfolg von Großereignissen wie der Tour de France nicht gefährden wollten.

Diese zu Recht beklagenswerte Doppelmoral war und ist aber auch in vielen anderen Teilen der Gesellschaft deutlich spürbar: Die Politik hat sich mit Wonne im Erfolg des Teams Telekom gesonnt; Einladungen des Teams durch den damaligen Bundeskanzler gehörten jahrelang zum Pflichtprogramm.

Journalisten – egal ob Fachjournalist oder eher auf dem Boulevard beheimatet – haben Jan Ullrich und seine Kollegen in den Himmel geschrieben und zu nationalen Helden hochstilisiert. Auch die Fans haben sich natürlich besonders über die Erfolge höchst erfreut gezeigt.

Selbst die Veranstalter der großen Rennen wie die Tour de France sind nicht völlig frei von Schuld. Auf der einen Seite wollen sie natürlich ein sauberes Fahrerfeld, auf der anderen Seite gestalten sie die Etappen von Jahr zu Jahr länger, die Bergrouen anstrengender.

Der Dopingverdacht steht bereits seit vielen Jahren im Raum, aber bei vielen der Protagonis-

ten hat die notwendige Distanz zum Radsport gefehlt - besonders da oft eigene Interessen im Spiel waren.

Die Geständnisse der letzten Wochen zeigen aber auch, in welchem Dilemma die Fahrer sich befinden. Politiker, Medien, Funktionäre, Sponsoren und die Bürger wollen natürlich Sieger sehen. Auch hier muss vielleicht ein Umdenken bei allen Beteiligten stattfinden, denn alle sind ein Teil des Problems.



Doping ist natürlich kein deutsches Problem. Leistungssteigernde Mittel werden in allen Ländern in gleichem Maße konsumiert. Das Thema ist also nur international in den Griff zu bekommen. Olympia in Peking steht im nächsten Jahr an und droht zu den bis dato unsaubersten Spielen zu werden. Es ist also dringend Zeit zu handeln. Leider scheinen viele Vertreter anderer Nationen die Zeichen der Zeit noch nicht erkannt zu haben, wie die Reaktionen der internationalen Presse auf die Bekenntnisse der Telekom-Fahrer gezeigt haben.

Die öffentlich-rechtlichen Fernsehanstalten haben sich inzwischen an die Spitze der Dopingbekämpfung gesetzt und legen dabei ein teils inquisitorisches Vorgehen an den Tag. Fakt ist aber: ARD und ZDF haben das Dopingproblem im Radsport jahrelang wider besserem Wissen beiseite geschoben, da sie den Quotenerfolg von Großereignissen wie der Tour de France nicht gefährden wollten.

Doch was heißt das nun für die Zukunft des Radsports?

Eine Generalamnestie kann und darf es nicht geben. Das käme einem Freibrief gleich und wäre daher das völlig falsche Signal. Auch vereinzelte Rufe, die eine komplette Freigabe von Dopingmitteln fordern, dürfen nicht gehört werden. Dies wäre das Ende von ehrlichen, sportlichen Wettkämpfen – von der damit einhergehenden Gefahr für Leib und Leben der Sportler ganz zu schweigen.

Es gibt nach wie vor große Lücken im Kontrollsystem – hier muss der Hebel angesetzt werden. Gemeinsame Anstrengungen für effizientere Testverfahren sind dringend notwendig, zumal schon neue Dopingmethoden wie das Gendoping ihre Schatten voraus werfen.

Die aus anderen Parteien laut gewordenen Rufe nach einem sofortigen Rückzug der öffentlich-rechtlichen Sender aus der Radsportübertragung halte ich zum jetzigen Zeitpunkt allerdings für kontraproduktiv. Kritische Berichterstattung hingegen ist das Gebot der Stunde. Man muss denen eine Chance geben, die für einen sauberen Radsport kämpfen. Denn Radsport bleibt ein schöner Sport.

Ingo Kamps ist Stellv. Vorsitzender des OV Gendarmenmarkt

Gastkommentar

Familie ist eine Team-Aufgabe!

von *Miriam Gruß*

„Herdprämie“, „Wickelvolontariat“ oder „Gebärmaschine“ – sobald es um die Familienpolitik geht, übertrumpfen sich die Möchtegern-Rhetoriker der Nation gegenseitig. Kaum eine Persönlichkeit, die sich noch nicht selbst zum Familienexperten erklärt hat und weiß, was für Eltern und Kinder am besten ist – unabhängig von der eigenen Profession. Reden wir über Familienpolitik, ist plötzlich jeder Experte. Das Private wird öffentlich und das Öffentliche privat.

Eine objektivere Herangehensweise ist wünschenswert. Wie definieren wir Familie eigentlich? „Familie ist da, wo Kinder sind“, heißt es weitläufig. Das ist zugleich der kleinste gemeinsame Nenner. Zwar lebt die große Mehrheit in der traditionellen Variante. Doch diese hat Konkurrenz bekommen. Fast jedes dritte Kind lebt heute nicht mehr in einer klassischen Mutter-Vater-Kind-Familie. 15 Prozent leben ohne Vater, 2 Prozent ohne Mutter, 6 Prozent leben mit unverheirateten Eltern zusammen und 9 Prozent leben mit einem neuen Elternteil oder in einer Patchwork-Familie.

Wir müssen uns mit einer zunehmenden Individualisierung auseinandersetzen. Das hat auch das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zum Unterhaltsrecht vom 25. Mai noch einmal unterstrichen, mit dem letztendlich Kinder aus unehelichen Partnerschaften Kindern aus einer geschiedenen Ehe gleichgestellt werden.

Familienpolitik steht vor der Herausforderung, veränderten Bedingungen gerecht zu werden und gleichzeitig den jungen Menschen in unserem Land den Weg in ein zukünftiges Familienleben zu ebnet. Leider legt die Bundesregierung dabei aber den Familien mehr Steine in den Weg, als dass sie Freiraum schafft.

Ob Mütter, Männer oder Mixa – was dieser Debatte fehlt sind durchdachte Konzepte, die sich an Fakten und nicht an Fiktionen orientieren. Die Eltern und Kinder in Deutschland haben eine zuverlässige und nachhaltige Familienpolitik verdient, die sich an ihren tatsächlichen Bedürfnissen orientiert.

Bisher wurde vor allem auf Geldleistungen für Familien gesetzt, wie z.B. das Elterngeld. Das ist der falsche Weg. Die Politik muss Eltern ein verlässliches Angebot machen, und nicht Verantwortungen permanent hin und her schieben.

Für uns Liberale heißt das ganz konkret:

1. Bedarfsgerechter und wohnortnaher Ausbau der Infrastruktur für Familien, insbesondere in punkto Kinderbetreuung. Die Öffnungszeiten von Kinderbetreuungseinrichtungen müssen an den Arbeitszeiten der Eltern orientiert werden.

2. Familienorientiertes Denken, Mütter- und Väterfreundlichkeit muss sich auch in den Unternehmen wieder finden.

3. Kinder dürfen kein finanzielles Risiko darstellen. Es ist also eine Überprüfung der familienpolitischen Leistungen und Neuordnung dieser in einer Familienkasse dringend erforderlich.

4. Kinderbetreuungseinrichtungen sind Bildungsinstitutionen, keine Verwahranstalten. Deshalb

müssen sie sich Qualitätsstandards unterwerfen und regelmäßig kontrolliert werden. Auch die frühen Kinderjahre sind Bildungsjahre!

5. Erzieher- und Betreuerberufe müssen verstärkt auch für Männer attraktiv gestaltet werden, denn Kinder brauchen männliche Bezugspersonen für ihre Entwicklung.

6. In Fällen, wo Eltern ihrer Verantwortung nicht gerecht werden, muss ein Netz im Umfeld des Kindes greifen, das es schützt und im Zweifelsfall vor den eigenen Eltern sichert. Hierfür müssen sämtliche am Aufwachsen eines Kindes beteiligten Institutionen sensibilisiert und gestärkt werden!

Für mehr Wahlfreiheit und Familienfreundlichkeit sind unsere Vorschläge orientiert an den Bedürfnissen der Eltern, dem tatsächlichen Bedarf und den Bildungschancen der Kinder. Wichtig ist zudem die Wertschätzung der Qualitäten jedes Einzelnen innerhalb der Gemeinschaft. Das ist das Ziel einer erfolgreichen liberalen Familienpolitik. Denn Familie ist eine Team-Aufgabe – für die Familien, für die Gesellschaft und für die Politik!



Miriam Gruß MdB, kinder- und jugendpolitischer Sprecherin der FDP-Bundestagsfraktion

Zum Thema

Gewalt an Schulen

von *Joseph Laudien*

Gewalt an Schulen ist seit der Berichterstattung um die Rütli-Hauptschule immer wieder zu einem politischen „Thema“ geworden. Der Bezirk Mitte liegt in den Gewaltstatistiken vor allen anderen Bezirken in Berlin. Dies hat jedoch vor allem mit der offenen Meldebereitschaft der Schulen zu tun, die in anderen Bezirken weit weniger ausgeprägt ist. Die Bezirke versuchen der Gewalt an Schulen durch eine Vielzahl an Streitschlichtungsprogrammen zu entgegnen. So sollen Schüler neben dem Wissenserwerb frühzeitig die Möglichkeit erhalten, gezielte und angeleitete Erfahrungen im sozial-emotionalen Bereich machen zu können. Zurzeit stehen den Schulen in Berlin-Mitte 17 umfangreiche präventive und interventive Programme zur Reduzierung schulischer Gewalt zur Verfügung.



Die Programme wie z.B. „Du dumme Sau! Von der Beschimpfung zum fairen Gespräch“ oder „...ene meine muh...Soziales Lernen in Mädchen und Jungenstunden“ sind sicherlich angemessen konzipiert. Viel bewirken werden sie nicht. Das Bezirksamt Berlin-Mitte hat den Erfolg solcher Programme in den letzten Jahren nur marginal untersuchen lassen.

Nüchtern betrachtet ist das Problem der Gewalt in Schulen, insb. inmitten sozialer Brennpunkte nicht lösbar. Die Ursachen kriminellen Verhaltens junger Menschen sind hier komplex. Nicht gefunden werden können Sie im Engagement der Lehrer. Dieses ist im Gegenteil überwiegend vorbildlich. Auch die Existenz von Hauptschulen hat, obwohl oft behauptet, wenig Einfluss auf die Gewaltbereitschaft von Schülern. Die Schließung der Hauptschulen würde zu einer Verlagerung von Problemen in andere Schultypen führen.

Der massive ndH-Anteil (Schüler nicht deutscher Herkunft) an Gewaltdelikten in Berliner Schulen wird wohl erst dann zurückgehen, wenn Problemschüler leichter in Angebote frühkindlicher Bildung mit einbezogen werden können oder sich die Lage am Lehrstellen- und Ausbildungsmarkt für bildungsferne Schichten spürbar verbessert.

Joseph Laudien (OV Wilhelmstadt) ist Bürgerdeputierter in Mitte

Zum Thema

Staat mit zu viel Geld

von *Sascha Tamm*

Jüngst war ich in Aserbaidschan, einer ehemaligen Sowjetrepublik mit großen Ölvorkommen. Das Land wird heute autoritär regiert, die Wahlergebnisse werden gefälscht, die Opposition wird behindert - das Übliche also. Doch es wird auch viel in die öffentliche Infrastruktur investiert, der Wohlstand in der Hauptstadt steigt sichtbar. Der Unterschied zu anderen Ländern der Region beruht auf dem Ölreichtum, der gewaltig steigende Staatseinnahmen erzeugt. Das ist doch, so behaupten viele westliche Politiker, sehr schön, wenn das Geld „investiert“ wird oder „dem ganzen Volk zugute“ kommt. Nur das ist leider sehr unwahrscheinlich. Hohe Einnahmen, die dem Staat zufließen, ohne dass die Bürger dafür produktiv sein müssen, werden mit großer Sicherheit vollkommen unsinnig ausgegeben. Der Kapitalzufluss zu anderen Bereichen der Volkswirtschaft, vor allem der Industrie, sinkt. Die Chance, Wohlstand zu erlangen, liegt darin, irgendwie Zugang zu den Öleinnahmen zu bekommen. In Aserbaidschan nennt man das inzwischen in Anspielung auf den Ausdruck ‚Dutch Disease‘ die „Azerbaijan Disease“.



Steigende Staatseinnahmen werden in Demokratien dazu verwendet, bestimmte Wählergruppen zu kaufen (Rentner, Beamte ...), indem ihnen Privilegien finanziert werden. Um die Macht zu stabilisieren reicht es oft sogar schon, die Eliten und die wirtschaftlich Mächtigen zu bedienen. Private Unternehmen sind vom Staat und seinen Beamten abhängig. Ist das Geld einmal in den Kassen, bestehen große Anreize, es außer Landes zu bringen - man weiß ja nie, wie lange man noch das Wohlwollen der Regierenden genießt. Es liegt nicht im Interesse der Herrschenden, wirtschaftliche Entwicklung außerhalb des eng mit dem Staat verquickten Bereiches zuzulassen. Da könnte ja unabhängiges Kapital entstehen, da könnten ja neue Machtansprüche wachsen. Deshalb führt der Ölreichtum langfristig nicht zu größerem Wohlstand, sondern zu noch weniger Markt und mehr staatlicher Machtausübung.

Welche Mechanismen erhöhte Staatseinnahmen auslösen, lässt sich übrigens derzeit auch sehr schön in Deutschland beobachten...

Sascha Tamm (OV OT) ist Referent am Liberalen Institut der Friedrich-Naumann-Stiftung

Aus dem Abgeordnetenhaus

THF muss bleiben

von Klaus-Peter von Lüdeke

Auch in der Sitzung des Berliner Abgeordnetenhauses am 24. Mai war wieder die vom Senat geplante Schließung des Flughafens Tempelhof Thema auf der Tagesordnung.



Groß ist die Zahl derer, die sich für den Erhalt dieses Flughafens stark machen. Neben der FDP seien hier einige Unterstützer herausgestellt: Bernhard Liscoutin, Präsident der ICAT, der seit vielen Jahren sein großes Fachwissen um den Flughafen Tempelhof einsetzt, um die angeblichen Verluste des Flugbetriebes zu relativieren. Margot Schwander, die bei jeder Sitzung des Berliner Abgeordnetenhauses im Casino sitzt und nicht müde wird, Abgeordnete für die Mitgliedschaft in der ICAT zu werben. Ganz nebenbei ist sie die Großmutter des Fraktionsvorsitzenden der SPD, Michael Müller. Thomas Stillmann, den der Senat mit seiner unter Geschäftsfliegern geschätzten „Windrose Air“ in die hinterste Ecke von BBI verbannen möchte. Fred Langhammer, der 350 Mio. in das Flughafengebäude investieren will. Bahnchef Hartmut Mehdorn, der gerne den Betrieb von Tempelhof als Sonderflughafen für Geschäftsfieger übernehmen würde.

Zusammen mit Medien, IHK, Verbänden und Abgeordneten des Deutschen Bundestages haben sie es geschafft, die Stimmung in Berlin eindeutig „pro“ Tempelhof auszurichten. Lt. Forsa-Umfrage würden sich 75% der Berliner an einer Volksabstimmung beteiligen, davon 70% für den Erhalt von Tempelhof votieren. Selbst unter den Anhängern der Linkspartei gibt es inzwischen eine kleine Mehrheit für den Erhalt. Das ängstigt den Senat, der in dieser Phase mit Mitteln der Bürokratie die Entwidmung des Flughafens vorantreibt, um dem Volksbegehren die Grundlage zu entziehen. Was macht der Senat, wenn die Volksabstimmung dennoch erfolgreich verläuft? Auf die Frage der BZ ob es sich der Senat leisten könne, gegen die Meinung der Bevölkerung zu entscheiden, antwortet die Senatorin Junge-Reyer: „Der Senat werde dann in eine neue politische und rechtliche Bewertung eintreten.“ Warum erst dann?

Klaus-Peter von Lüdeke MdB (BV Steglitz-Zehlendorf)

Aus der Landespartei

Stuttgart

von Tim Stuchtey

Zwei Höhepunkte kennt das Parteileben, die programmatische Arbeit auf Parteitagen und die Überzeugungsarbeit bei Wahlkämpfen. Die Professionalisierung der Politik hat dazu geführt, dass beide Ereignisse ihre Bedeutung wandelten: Parteitage werden verstärkt als Marketinginstrument genutzt und Wahlkämpfe weniger von Erscheinungsbild und Überzeugungskraft auf der Straße, mehr von der Darstellung in Massenmedien geprägt. Dennoch ist ein Bundesparteitag weiter wesentliches Ereignis, und so ist die Arbeit des Landesvorstands geprägt durch die Vorbereitung der Großveranstaltung in Stuttgart.



Das Antragsbuch umfasst mehr als 100 Anträge, mit denen sich die Fachleute in den Landesfachausschüssen und im Landesvorstand auseinandersetzen müssen, um den Delegierten ihre Einschätzung mit auf den Weg ins Ländle zu geben. Der inhaltliche Schwerpunkt wird auf der Sozial- und Kulturpolitik liegen – es ist wichtig, dass wir in diesen beiden Bereichen die Partei stärker inhaltlich schärfen, um auch hier auf der Höhe der Zeit und der liberalen Debatten zu sein. Der LV Berlin hat hier bereits im Vorfeld des Bundesparteitages Erhebliches geleistet, indem sich zahlreiche unserer Mitglieder an der Erarbeitung von Anträgen beteiligt haben oder gar die Federführung innehatten.

Mehr als die Antragsberatung wird die Wahl des Bundesvorstands im Mittelpunkt der medialen Berichterstattung stehen. Dabei sind hier kaum Überraschungen zu erwarten. Guido Westerwelle steht unangefochten an der Spitze unserer Partei und auch das Bundespräsidium wird wohl in Zukunft genauso aussehen wie heute. Gerade bei der Wahl der Stellvertreter werden aber die Anzahl der Stimmen, mit denen diese gewählt wurden beim „Bunten Abend“ für Gesprächsstoff sorgen. Bei den Beisitzern wird unser Landesvorsitzender Markus Löning als so genannter Kurfürst, Martin Lindner und Alexander Pokorny auf der „freien Wildbahn“ kandidieren. Gerade für letztere gilt es daher bei den anderen Landesverbänden zu werben, damit Berlin auch in Zukunft entsprechend seines inhaltlichen Beitrags personell im Bundesvorstand vertreten ist.

Tim Stuchtey (OV Tiergarten) ist Beisitzer im Landesvorstand der Berliner FDP

Berichte aus Mitte

Werbung lohnt sich

Peter Pawlowski für die BVV-Fraktion

In der letzten BVV- Sitzung wurde der Antrag der FDP-Fraktion zur Werbung an den Sportanlagen in Mitte mit großer Mehrheit angenommen. Die Einnahmen, die aus der Werbung erzielt werden, sollen den Sportanlagen unseres Bezirkes zugute kommen. „Das Geld könnte z.B. für die notwendige Sanierungsmaßnahmen an vielen Sportstätten aufgewendet werden“, so Peter Lundkowski, der Autor des Antrages.

Bessere Schulen statt Quartiersmanager!

Die Liberalen haben als Einzigen den Antrag der SPD für die Errichtung eines Quartiermanagementgebietes im sog. Stephankiez abgelehnt. Stephankiez war früher ein Sanierungsgebiet. Durch die Sanierungsmaßnahmen soll das Quartier stabilisiert werden. Nach der Beendigung der Maßnahmen hat die BVV auf Antrag der SPD bereits im letzten Jahr 100 000 Euro für die Förderung sozialer Projekte im Stephankiez bewilligt. Diesmal beziffern sich die Forderungen verschiedener Projekte und Gruppen auf 60 Tausend Euro. Doch das nicht genug. Stephankiez soll nach der Vorstellung der SPD ein Quartiersmanagementgebiet werden. Aus der Sicht der FDP eine völlig verfehlte Maßnahme. Denn ohne die Arbeit der Quartiersmanager gänzlich in Abrede stellen zu wollen, muß einfach die Tatsache akzeptiert werden, dass Quartiersmanagement keine soziale Probleme löst, sondern lediglich die Folgen des sozialen Abstiegs ein wenig mildert. Aus diesem Grund fordert die FDP in der BVV von Berlin-Mitte eine Abkehr von der bisherigen Quartiersmanagementpolitik. Die finanziellen Mittel, die für Quartiersmanagementgebiete jedes Jahr ausgegeben werden, könnten viel sinnvoller investiert werden, z.B. für die bessere personelle und technische Ausstattung der Schulen. Denn nur gute Ausbildung ist ein Garant für den beruflichen und ökonomischen Erfolg. Alle anderen Maßnahmen greifen zu kurz, zu spät und erreichen nicht die, die am meisten Hilfe brauchen.

WASG missbraucht die BVV für politische Propaganda

Die Gruppe der WASG reicht immer häufiger Anträge und Anfragen in die BVV ein, die mit den Kompetenzen der Bezirksverordneten und der Bezirksverwaltung nichts zu tun haben. So auch in der Mai-Sitzung als WASG einen Antrag

auf die Erhöhung der Sozialhilfe um 20% eingebracht hat. Für die FDP ist das ein klarer Missbrauch der BVV durch die Gruppe der WASG zum Zweck der politischen Propaganda. Der Text der Anträge lässt den Verdacht nahe, dass diese nicht mal von den Mitgliedern der WASG in der BVV von Berlin-Mitte verfasst wurden. Es bleibt natürlich jedem Bezirksverordneten überlassen, eigene fachliche Inkompetenz zur Schau zu stellen. Doch es kann nicht toleriert werden, dass eine Gruppe gezielt die BVV instrumentalisiert, nur um eigenes Wählerklientel zu befriedigen. Die FDP wird sich in Zukunft im Ältestenrat dafür einsetzen, derartige Anträge nicht zuzulassen.

Wir sind ansprechbar über das

Fraktionsbüro der FDP in der BVV Mitte, Neues Stadthaus, Raum 230, Parochialstr. 1–3, 10179 Berlin, Tel. 2009 24 365, Fax 2009 24 363

Öffnungszeiten: Mo, 12:00 bis 20:00, Di, Do 12:00 bis 18:00

www.fdp-fraktion-mitte.de

Themen vorantreiben

Stefan Scholz für den OV Gendarmenmarkt

Am 09. Mai 2007 traf sich der Ortsverband Gendarmenmarkt zur turnusgemäßen Mitgliederversammlung im Löwenbräu, die wegen der Abwesenheit des Vorsitzenden Stefan Scholz von Thomas Waterstradt geleitet wurde. Neben der Planung des Sommerfestes und weiterer Veranstaltungen stand das Vorantreiben der zu Jahresbeginn beschlossenen Themen Kultur, Gesundheit und Senioren im Vordergrund.

Während Herr Dr. Blukat die anwesenden Mitglieder über den aktuellen Stand zum Thema Gesundheit informierte, stellte Franziska Löke anschließend ihre bisherigen Überlegungen zu den Senioren vor, die in Zusammenarbeit mit Thomas Waterstradt entstanden sind. Nachdem alle Themenverantwortlichen ihre bisherigen Bemühungen erläutert hatten, erarbeitete die Runde die nächsten Arbeitsschritte für die Hauptthemen.

Zum Ende hin informierten Jan Losemann und David Issmer über die aktuelle Arbeit im Bezirk bzw. bei den Julis und schon war ein weiterer interessanter Abend im Kreise der Gendarmenmarkt-Mitglieder wie im Fluge vergangen.

Nächster Termin des OV ist unser Stammtisch, wie gewohnt am letzten Mittwoch im Monat.

Wladimir Putins „Lupenreine Demokratie“

Silke Adam vom OV OT

Am 16. Mai trafen sich an die 40 Menschen im Thomas-Dehler-Haus, um dem Journalisten Alexander Sosnowski zu lauschen und Fragen zu stellen. Er hatte viel zu berichten, vor allem über Russlands Verhältnis zu Deutschland und zu seiner Rolle als wichtiger Rohstofflieferant für Deutschland und Europa.

Wahrscheinlich hing die sehr heitere Diskussionsatmosphäre auch mit dem nahenden Feiertag und dem russischen Starkbier zusammen. Hauptsächlich verantwortlich für die gute Stimmung waren aber der sehr sympathische Alexander Sosnowski, der uns mit seinen Beiträgen fesselte und die professionelle Moderation der Veranstaltung durch Sascha Tamm. Die lebhafteste Diskussion zur Frage, wie Deutschlands Verhältnis angesichts Putins „lupenreiner Demokratie“ in Zukunft aussehen soll, war mit Ende der Veranstaltung noch längst nicht zuende.

Zur nächsten OT-Veranstaltung in drei Wochen ist ein Experte eingeladen, der zur Unternehmenssteuerreform und der ab 2009 geltenden Abgeltungssteuer referiert.

Klausur in Prag

Katja v. Maur vom OV Tiergarten

Die traditionelle Klausurtagung des OV Tiergarten fand diesmal vom 1. bis 3. Juni in Prag statt. Unter großer Beteiligung vieler Parteifreunden, auch aus den anderen Ortsverbänden von Mitte und dem übrigen Berlin, ergaben sich bereits auf der Hinfahrt mit dem Eurocity zahlreiche gute Gespräche, die für den Zusammenhalt und die vor uns stehenden politischen Aktivitäten sehr hilfreich sein werden und sicher bald fortgesetzt werden. Höhepunkte der Reise waren eine ausführliche Darstellung der aktuellen politischen Lage durch den Vertreter der Friedrich Naumann Stiftung in Prag sowie eine historische Stadtführung und eine Führung über den berühmten alten jüdischen Friedhof.

Tschechien befindet sich inzwischen auf einem guten, wenn auch auf einem wesentlich langsameren Weg, als beispielsweise Polen. Dies liege vor allem daran, dass die Transformation lange nicht so konsequent von statten ging. Ein weiterer Wermutstropfen und bisher ungelöstes Problem ist die latente Fremdenangst. Prag selbst

faszinierte die Teilnehmer als erlebbare Geschichte, da die Stadt, in der immerhin die erste deutschsprachige Universität gegründet wurde, vom zweiten Weltkrieg weitgehend verschont geblieben ist.

Unsere nächste Veranstaltung „Gesundheitsreform 2007 – kaum beschlossen, schon gescheitert? – Benötigen wir eine Reform der Reform?“ findet am kommenden Mittwoch statt.

Dynamisch voran mit Kultur und Bildung

Nils Augustin vom OV Wilhelmstadt

Jeden ersten Montag im Monat lädt der OV Wilhelmstadt zur Mitgliederversammlung ins „Weinkultur Habel“, und die Zahl der Anwesenden entwickelt sich dynamisch nach oben.

Am 07. Mai war die Planung der ortsverbandlichen Arbeit das Thema. Zunächst referierte Gast Thomas Hahn zu der Kulturkampagne des Thomas-Dehler-Hauses, und aus der sich anschließenden lebhaften und engagierten Diskussion entstanden spontan zwei Aktionsgruppen „Kultur/Galerien“ (Ansprechpartner: Anno Blissenbach und Martin Dütsch) und „Clubs“ (Ansprechpartner: Nils Augustin und Thomas Niemeyer), welche die entsprechenden Kampagnen des Bundes- bzw. Bezirksverbandes vor Ort mit Leben erfüllen wollen.

Am 04. Juni war FDP-Bildungsexperte Wolf-Dieter Hasenclever unser Gast, welcher ebenso fundiert wie anschaulich über den langen Weg zu einem liberalen, auf Selbständigkeit und (Eigen-)Verantwortung aufbauenden Bildungssystem vortrug. Nicht minder lebhaft und engagiert als im Vormonat die anschließende, von Joseph Laudien moderierte Diskussion. Nach dem offiziellen Teil des Abends folgte mit Weißbier-Bananensaft-Mischung in Begleitung von Parteifreundin Peggy Bellmann aus Dresden ein weiterer Höhepunkt.

Tiefe Dankbarkeit empfinden alle Mitglieder des OV Wilhelmstadt gegenüber ihrem Schatzmeister Burkhard Grell für sein kompetentes und rastloses Wirken um die Sanierung der Finanzen unseres Ortsverbandes.

Die kommende Mitgliederversammlung am 02. Juli soll sich mit dem Bürgerrecht auf informationelle Selbstbestimmung in Zeiten von Terrorhysterie beschäftigen.

Personalien

(au) Das Frühlingsfest der FDP-Fraktion im Abgeordnetenhaus fand in der Universal Hall statt, und es stellte wie gewohnt den gesellschaftlichen Höhepunkt des Parteilebens dar. Der Fraktionsvorsitzende **Martin Lindner** (Steglitz-Zehlendorf) und Stellvertreter, darunter unser Bezirksvorsitzender aus Mitte, **Henner Schmidt** MdA (Gendarmenmarkt), konnten neben vielzählig versammelter Funktionsträgerschaft des Landesverbandes, aus der liberalen Bundespolitik etwa unser Landesvorsitzender **Markus Löning** MdB (Steglitz-Zehlendorf) und **Hellmut Königshaus** MdB (Treptow-Köpenick) – oder BT-Fraktionsgeschäftsführer **Jörg van Essen** (NRW) –, nicht weniger als 58 Medienvertreter begrüßen. Aus den gewohnt zahlreichen Anekdoten sei erzählt, dass der Stellvertretende Fraktionsvorsitzende **Christoph Meyer** MdA (Charlottenburg-Wilmersdorf) einen „Communicator“ fand und diesen schließlich an seinen erfolgreich identifizierten Eigentümer, FDP-Bundesgeschäftsführer **Hans-Jürgen Beerfeltz** (Wilhelmstadt), der die Party bereits verlassen hatte, auf verschlungenen Wegen übergeben konnte. Unter den letzten, welche die vergnügliche Veranstaltung gesehen wurden, waren **Sebastian Kluckert** MdA (Neukölln), der Stellv. Landesvorsitzende **Alexander Pokorny** und **Björn Jotzo** MdA (beide Charlottenburg-Wilmersdorf) sowie aus Mitte unser Stellv. Bezirksvorsitzender, BVV-Fraktionschef **Peter Pawlowski** (Tiergarten).

(au) Am 15. Mai hielt die Berliner Sektion der Deutsche Gruppe Liberal International und der liberalen Bewegung für ein Vereintes Europa (DGLI) eine Mitgliederversammlung mit Neuwahl des Sektionspräsidiums ab. Der bisherige Präsident **Horst Krumpen** trat nach Umzug nach Mecklenburg-Vorpommern nicht mehr an, neuer Präsident wurde **Mirco Dragowski** MdA (Tempelhof-Schöneberg), der neue Vizepräsident ist aus unserem BV Mitte **Nils Augustin** (Wilhelmstadt), Sektionssekretär wurde das Berliner DGLI-Urgestein **Hans Werner Bepler** (Reinickendorf), Beisitzer in dem neuen Präsidium sind **Kerstin Laabs** und **Jens Loschwitz** (beide Charlottenburg-Wilmersdorf) sowie Parteifreund **Manfred Eisenbach**. Am 19. Mai veranstaltete der DGLI-Bundesverband im Atrium der Deutschen Bank Unter den Linden nicht nur erneut einen sehr interessanten „Liberal International Day“, dessen Podien u.a. Parteifreundin **Irmgard Schwaetzer** (Gendarmenmarkt) erlebten, sondern wählte auch seinerseits ein neues Präsidium: Das Amt des Präsidenten übergab nach verdienstvoller Wiederaufbauarbeit unser

FDP-Landesvorsitzender **Markus Löning** MdB (Steglitz-Zehlendorf) an **Patrick Meinhardt** MdB (Baden-Württemberg), die Berliner Sektion ist mit **Manfred Eisenbach** als Generalsekretär und mit Beisitzerin **Lilli Löbsack** (Steglitz-Zehlendorf) im Bundespräsidium vertreten.

(au) Die „Lig@“, Berliner Verband der liberalen Senioren, hat sich in größtmöglicher Einmütigkeit einen neuen Vorstand gewählt: Vorsitzender ist weiter **Wolfgang Steinfartz** (Reinickendorf), als Stellvertreterinnen wurden **Lore Wichert** und neu **Christa Mientus** (Marzahn-Hellersdorf) gewählt, das Schatzmeisteramt übernahm **Heinz-Jürgen Schmidt** (Reinickendorf) von Verbandsgründerin **Irmgard Schwaetzer** (Gendarmenmarkt), welche die Lig@ jetzt als Beisitzerin im Vorstand unterstützt.

(au) **Michael Saß**, seit diesem Jahr Vorsitzender des OV Tiergarten, war kurzfristig verhindert, an der erstmals von ihm organisierten traditionellen „Klausurtagung“ des Ortsverbandes teilzunehmen, so dass es wiederum **Peter Pawlowski** zufiel, eine liberale Reisegesellschaft in einer Stadt Osteuropas, diesmal Prag, durch politische Gespräche und fröhliche Gelage zu führen. Aus dem gastgebenden Ortsverband waren etwa die stellv. Vorsitzenden **Kurt Lehner** sowie **Antje Pieper** und Schatzmeister **Michael Herrmann**, Beisitzer **Donald Tuckwiller** und **Debashish Bhaduri** sowie der Altvorsitzende **Uwe Post** mit dabei, vom weiteren BV Mitte gesellten sich aus dem OV Gendarmenmarkt der Bezirksvorsitzende **Henner Schmidt** MdA, der Ortsvorsitzende **Stefan Scholz** und **Winfried Koch**, aus dem OV Oranienburger Tor die Ortsvorsitzende **Frauke Sander**, **Tom Menzel** und **Markus Krefft**, aus dem OV Wilhelmstadt der stellv. Ortsvorsitzende **Nils Augustin** sowie **Martin Dütsch** hinzu. Auch über den Bezirk Mitte hinaus erfreute sich die Reise unter Freiheitsfreunden charmanten Interesses, so bereicherten etwa Landesvorstandsmitglied **Alexandra Thein** aus Steglitz-Zehlendorf, aus Tempelhof-Schöneberg die BVV-Fraktionsvorsitzende **Monika Schuch**, die dankenswerte Dolmetscherfähigkeiten zeigte, aus Charlottenburg-Wilmersdorf **Mathias Goldstein** und **Annette Goldstein**, oder der ‚Lig@‘-Vorsitzende **Wolfgang Steinfartz** (Reinickendorf) den gelungenen Ausflug.

(au) Der FDP-Bezirksvorsitzende in Marzahn-Hellersdorf ist in den heiligen Stand der Ehe eingetreten, heißt nicht länger **Erik Schmidt**, sondern **Erik Roost**. Es wird von märchenhaften Flitterwochen unter tropischer Sonne berichtet; LC wünscht dem jungen Paar viel Glück.

Leserbriefe

Martin Heß

Sehr geehrter Herr Augustin, es freut mich jedesmal sehr, wenn ich von Ihnen regelmäßig die Depesche zugesandt bekomme und das obwohl ich bisher nur ein einziges Mal bei einem Treffen der FDP Mitte vorstellig wurde. Hierfür möchte ich mich herzlich bei Ihnen bedanken.

Christa Mientus (BV Marzahn-Hellersdorf)

Hallo Herr Augustin, wie immer interessant und informativ - das Liberal Central! Aus der Pfalz sehe ich auf Berliner News völlig entspannt und manches bekommt erst mit der Entfernung seine wahre Größe. Ich handele gerade nach des Lehrers Böck Worten, die ihm sein Autor Wilhelm Busch in den Mund gelegt hat: „Also lautet der Beschluss, das der Mensch was lernen muß. Lernen kann man, Gott sei Dank, aber auch sein Leben lang.“ Dem getreu habe ich mich für einige Zeit nach Speyer zur Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften abgesetzt. Liberale Grüße nach Berlin ...

Julien Jordan v. Reitzenstein (OV Wilhelmstadt)

Das Gemälde von Ernst Ludwig Kirchner „Berliner Straßenszene“ war das Herzstück des Brücke-Museums in Berlin. Und unzählige Touristen besuchten es seit dem Ankauf im Jahre 1980. (Zur Erinnerung: Touristen sind die Menschen, die ihre Ersparnisse in den Berliner Wirtschaftskreislauf geben.) Nachdem eine Enkelin eines Vorbesitzers einen Antrag auf Restitution gestellt hatte, sagte die Kulturstaatssekretärin Kisseler gegen den schriftlichen Rat ihrer Justiziarin die Rückgabe zu. Sie erklärte dem Brücke-Museum, sie sei froh und stolz, die Rückgabe

schon beim ersten Gespräch zugesagt zu haben. Nach der Zusage jedoch nur eine Minimalprüfung in Auftrag gegeben. Doch weder dort, noch in der Senatskulturverwaltung wurden essentiell wichtige Dokumente eingesehen. Denn die sprachen gegen eine Rückgabe. Der Staatssekretärin wurde dann wohl klar, dass in einem Rechtsstaat manche Dinge nicht nach Gutsherrenart zu regeln sind. Also verlangte sie von der Direktorin des Brücke-Museums, wahrheitswidrige Aktenvermerke anzulegen, um Gesicht zu wahren! Kenner der Situation weisen darauf hin, dass das bei der Rückgabetransaktion das Parlament umgangen wurde, Ausführungsgesetze erstaunlich gehandhabt wurden und nicht versucht wurde das Bild für Berlin zu kaufen – falls es tatsächlich einen Restitutionsanspruch gegeben hätte. So ist es mehr als konsequent, dass die Liberalen im Abgeordnetenhaus nicht nur den kulturpolitischen Sprecher Christoph Meyer in den Sonderausschuss Restitution entsendeten, wo er mit hohem juristischen Sachverstand und weitsichtigem Vorgehen wirkt. Das Kirchnerbild war ein Touristenmagnet. Der tourismuspolitische Sprecher Volker Thiel verstand es im Ausschuss mit viel Fingerspitzengefühl die richtigen Fragen zu stellen, ohne den Anwürfen der PDS Angriffsfläche zu bieten. Denn hier geht es nicht nur um juristische Aufarbeitung von Unrecht – sondern auch darum, zu zeigen, dass Liberale sich für die Erhaltung und den Ausbau von Kultur als Tourismusgrundlage bemühen.

Wir freuen uns über Post.
Bitte senden Sie Ihren Leserbrief an
redaktion@liberal-central.de
Wir behalten uns vor, Leserbriefe nicht zu
veröffentlichen oder zu kürzen.

Der 58. Ord. Bundesparteitag der FDP – www.parteitag.fdp.de – im TV live auf Phoenix

FREITAG, 15. Juni **11:00** Eröffnung durch den stellv. Bundesvorsitzenden Rainer Brüderle, Grußworte des FDP-Landesvorsitzenden Baden-Württemberg Birgit Homburger und des Oberbürgermeisters von Stuttgart Wolfgang Schuster **12:00** Rede des FDP-Bundesvorsitzenden Guido Westerwelle, Aussprache **15:00** Bericht des Bundesschatzmeisters Hermann Otto Solms, Bericht der Rechnungsprüfer und Entlastung des Vorstandes **15:30** Möglichkeit für Delegiertenbesprechungen **16:30** Wahlen zum Präsidium und zum Bundesvorstand, dazwischen Beratung von satzungsändernden Anträgen und weitere Antragsberatung. **SAMSTAG**, 16. Juni **09:00** Weitere Wahlen zum Präsidium und zum Bundesvorstand, weitere Beratung von Anträgen, Wahl der Rechnungsprüfer und des Bundessatzungsausschusses **11:00** Einbringung des Leitantrags „Kultur braucht Freiheit“ durch Hans-Joachim Otto, weitere Antragsberatung **16:00** Grußwort des Vorsitzenden der ALDE-Fraktion im Europäischen Parlament Graham Watson **20:00** Geselliger Abend. **SONNTAG**, 17. Juni **09:00** Beratung von Anträgen **09:30** Einbringung des Leitantrages „Freiheit, Fairness, Chancen“ durch Dirk Niebel, weitere Antragsberatung **13:00** Schlusswort der/des Bundesvorsitzenden

Termine

Juni 2007

- 06.06 20.00h BV Mitte: **Bezirksausschuss** – u.a. Anträge und Berichte – im Rathaus Tiergarten, BVV-Saal (Mathilde-Jacob-Platz)
- 10.06 19.00h OV Wedding: **Stammtisch** im Deichgraf (Nordufer 10)
- 12.06 20.00h OV Gendarmenmarkt: **Mitgliederversammlung** im Löwenbräu (Leipziger Str. 61)
- 13.06 19.00h OV Tiergarten: **Podiumsdiskussion** zur Gesundheitspolitik – mit Daniel Bahr MdB u.a. – im Paulaner im Spreebogen (Alt-Moabit 98)
- 14.06 19.00h FNSt: **Vortragsveranstaltung** “Economic Successes, Problems and Opportunities in Modern Georgia“ – Moderation Sascha Tamm – im Institut für Unternehmerische Freiheit IUF, Hackesche Höfe, 2. Hof links, 3. Etage (Rosenthaler Str. 40/41)
- 15.-17.06 Bundesverband: **Bundesparteitag** in Stuttgart, Info unter www.parteitag.fdp.de
- 18.06 19.30h FNSt: **Diskussionsveranstaltung** „Wo liegt Israel? - Diskussion um Israels regionale und kulturelle Zugehörigkeit“ – im Centrum Judaicum (Oranienburger Str. 28/30) – Anmeldung unter Jeannette.Heinemann@fnst-freiheit.org
- 19.06 19.30h LV Berlin: **Landesausschuss** – Info unter www.fdp-berlin.de
- 23.06 JuLis Berlin: **Wagen** zum Christopher Street Day – Info unter www.julis-berlin.de
- 24.06 11.30h OV Tiergarten: **Politischer Brunch** (das Original) im Walhalla (Krefelder Str. 6)
- 26.06 19.30h OV OT: **Veranstaltung** zu Unternehmenssteuerreform und Abgeltungssteuer – mit Matthias Lefarth – im Simon (Auguststr. 53)
- 27.06 19.30h OV Gendarmenmarkt: **Liberaler Stammtisch** im Gaffel Haus Berlin (Taubenstr 26)
- 29.06 14.30h FNSt & Liberale Frauen: **Veranstaltung** „50 Jahre Gleichberechtigung - Wo stehen wir heute?“ – Reinhardtstraßenhöfe, Großer Saal (Reinhardtstr. 14-16)

Juli 2007

- 02.07 20.00h OV Wilhelmstadt: **Mitgliederversammlung** im Weinkultur Habel (Luisenstr. 19)
- 03.07 19.30h JuLis Mitte: **Mitglieder- u. Interessententreffen** im Café Ré (Märkisches Ufer 22)
- 04.07 OV Wilhelmstadt: **Sommerfest** – Info unter www.fdp-wilhelmstadt.de
- 06.07 18.00h OV Gendarmenmarkt & OV Schöneberg: **Sommerfestliche Spreefahrt** auf dem Schiff „Capt`n Morgan“, Zustieg am Radisson Plaza Hotel Mitte (Karl Liebknecht Str. 3), Anmeldung unter ps-liberta@gmx.de
- 07.07 16.30h OV OT: **Sommerfest** im Kunsthof (Oranienburger Str. 26)
- 10.07 19.00h OV Wedding: **Stammtisch** im Deichgraf (Nordufer 10)
- 10.07 20.00h OV Gendarmenmarkt: **Mitgliederversammlung** im Löwenbräu (Leipziger Str. 61)
- 11.07 19.30h OV Tiergarten: **Vorstand** im Lichtblick (Birkenstr. 33)
- 25.07 19.30h OV Gendarmenmarkt: **Liberaler Stammtisch** im Gaffel Haus Berlin (Taubenstr 26)
- 29.07 11.30h OV Tiergarten: **Politischer Brunch** (das Original) im Walhalla (Krefelder Str. 6)

**Termine im Bezirk werden laufend aktualisiert unter www.fdp-mitte.de
Bitte senden Sie Ihre Termin-Informationen an termine@fdp-mitte.de**

Vorstands- und Fraktions-Sitzungen sind, soweit hier genannt, für Mitglieder öffentlich

Liberal Central erscheint monatlich außer August. Redaktionsschluss ist der erste Tag jedes Monats. LC wird um den fünften Tag des Monats als Datei auf der Webseite www.liberal-central.de eingestellt und als e-mail versendet. Print-Ausgaben werden um den zehnten Tag des Monats verschickt. Weitere Hinweise, alle früheren Ausgaben und mehr finden Sie unter www.liberal-central.de. Den Chefredakteur und alle OV-Redakteure erreichen Sie unter redaktion@liberal-central.de.